

PFLANZENSCHUTZ: Nun hat Franziska Herren auch die Bio-Bauern herausgefordert

NACHRICHTEN

Der Bio-Landbau hätte ein Problem

Die Trinkwasser-Initiative zielt nicht nur auf synthetische Pestizide, sondern auch auf giftige Stoffe, die im Bio-Landbau eingesetzt werden. Gabe es bei deren Einsatz keine Gelder mehr, wäre dies für den Schweizer Bio-Landbau gravierend.

DANIEL SALZMANN

Grosse Sympathien hege er als Biobauer für die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung», derzufolge es Geld nur «noch noch für Betriebe geben soll, die auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verzichten». Eine Schweiz ohne synthetische Pestizide entspreche dem Leitbild von Bio Suisse, schrieb deren Präsident Urs Brändli in einem Standpunkt in der «Bauernzeitung». Wenn die Initiative den Fokus nicht nur auf die Produktion (das heisst, die Landwirtschaft), sondern auch auf den Konsum legen würde (das heisst, die Nachfrage nach Bio-Produkten mit staatlichen Anreizen ankurbeln würde), könnten die Initiativen mit seiner vollen Unterstützung rechnen, betonte Brändli.

Initiative zielt auch auf Bio

Für Brändli scheint klar: Die Trinkwasser-Initiative zielt auf die konventionell wirtschaftenden Bauern, denn sie spricht nur chemisch-synthetische Pestizide an, die im Bio-Landbau verboten sind. Doch für Mitinitiantin Franziska Herren gilt: Giftig ist giftig. Für sie spielt es keine Rolle, ob ein Wirkstoff in einem synthetischen Verfahren erzeugt worden ist, oder ob ein Wirkstoff in der Natur vorkommt wie Pyrethrin, das aus Chrysanthemem gewonnen wird. So heisst es denn im Initiativtext, dass für den Bezug von Direktzahlungen eine «pestizidfreie Produktion» verlangt wird, von einer Einschränkung auf chemisch-synthetische Pestizide ist nicht die Rede. Herren orientiert sich am Pestizid-Begriff von Vision Landwirt-



Die Initianten wollen, dass Bio-Betrieben, die im Rebbau kupferhaltige Produkte einsetzen, alle Direktzahlungen gestrichen werden. Das würde fast alle Biowinzer treffen. (Bild: LZSG)

INITIATIVE: WER DIESE BIO-MITTEL EINSETZT, ERHÄLT KEINE DIREKTZAHLUNGEN

Franziska Herren, Mitinitiantin der «Trinkwasser-Initiative», nannte am 23. Oktober 2017 in einer E-Mail an den «Schweizer Bauer» eine Liste von Bio-Hilfsstoffen, die im Schweizer Bio-Landbau eingesetzt werden und die nach vorläufigem Stand der Abklärungen unter den Pestizidbegriff der Volksinitiative fallen. Landwirtschaftsbetriebe, welche diese Produkte einsetzen, würden demnach von allen Direktzahlungen ausgeschlossen. In der Folge werden pro Wirkstoff ein oder zwei Produktbeispiele aus der FiBL-Liste genannt.

Wirkstoff	Produkt	Anwendungsgebiete (Auswahl), Bemerkungen (Zitate)
Azadirachtin	NeemAzal-T/S	Kernobst: Mehligte Apfel- und Birnblattnäse, Röhrenläufe; Kirsche: Blattläuse; Salate, Aubergine: Blattläuse; Küchenkräuter und Zierpflanzen: Blattläuse, Spinnmilben, Weisses Fliegen. «Gewässergefährdend, Vorsicht/gefährlich» (im Sommer 2017 wurde Neem/Azadirachtin zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers vom 27. 6. bis zum 31. 8. 2017 zugelassen – das lange heisse Wetter hatte die Vermehrung des Käfers stark begünstigt, gleichzeitig gab es zu wenig Novodor)
Kupferhydroxyd	Funguran Flow	Broccoli, Blumenkohl, Rosenkohl; Adernschwärze, Alternaria-Kohlschwärze, Pseudomonas. «Gesundheitsschädigend, umweltgefährlich»
Kupferhydroxyd	Kocide Opti	Reben: Falscher Mehltau, Echter Mehltau; Himbeere: Rutenkrankheit; Kartoffel: Kraut- und Knollenfäule. «Gewässergefährdend, Vorsicht/gefährlich»
Pyrethrin	Phalanx Bio-Insect-Stop	Mittel zur Fliegenbekämpfung auf dem Körper von Tieren. Lösung zum Aufgiessen auf den Rücken der Tiere. «Umweltgefährlich»
Pyrethrin	Deril	Obst: Blattläuse. Gemüse: Blattläuse, Thripse, Weisses Fliegen. «Reizend, umweltgefährlich»
Quassiaextrakt	Quassan	Kernobst, Zwetschge: Sägewespen, Blattläuse; Gemüse: Blattläuse. «Wartefrist: Gemüse 3 Tage»
Paraffinöl	Promanal Neu	Obst: Austernschildläuse, Grosse Obstbaumschildläuse, Gallmilbe, Rote Spinne, Frostspanner; Zierpflanzen gedeckt: Schildläuse, Spinnmilben, Palmenthrips. «Umweltgefährlich»
Paraffinöl	Weissöl	Nüsse/Obst: Austern- und Napfschildläuse, Frostspanner, Gallmilbe; Heidelbeere: Frostspanner u. a.; Reben: Spinnmilben, Kräuselmilbe, Pockenmilbe. «Gesundheitsschädigend».
Eisen(III)-phosphat	Ferramol Schneckenkom	Erdbeeren/Gemüse/Raps/Sonnenblumen: Acker- und Wegschnecken. «Rückstände von Schneckenkörnern auf den verkaufsfertigen Produkten müssen durch geeignete Ausbringungstechniken und Behandlungszeitpunkt vermieden werden (gilt auch für Jungpflanzen).»

Quelle: Betriebsmittelliste 2017. Hilfsstoffe für den biologischen Landbau in der Schweiz. Herausgegeben vom FiBL, Frick AG.

schaft, die unter der Leitung des Agrarökologen und Bio-Bauern Andreas Bosshard im Mai 2016 schrieb: «Pestizide können synthetischen oder natürlichen Ursprungs (z.B. Pyrethrum, Kupfer) sein.» Am Montag schickte Franziska Herren dem «Schweizer Bauer» eine vorläufige Liste von Bio-Hilfsstoffen, die aus ihrer Sicht Pestizide sind (vgl. Tabelle).

«Stellt Bio vor Probleme»

Was sagt Bio Suisse? «Wenn die Initiative zu einem Verbot von bestimmten Bio-Hilfsstoffen führen würde, stellt dies Bio-Betriebe vor Probleme, insbesondere im Obst-, Wein-, Gemüse- und Ackerbau», bestätigt Urs Brändli, Präsident von Bio Suisse, auf Anfrage. Dies sei aber wohl kaum im Sinn der Initianten, welche auf ihrer Homepage verlangten, dass «Bio wieder Standard werden» müsse. «Der in der Initiative verwendete Begriff Pestizid ist im Schweizer Recht noch nicht definiert, weshalb die Auswirkungen der Initiative noch nicht abgeschätzt werden können», relativiert Urs Brändli. Die Debatte darüber habe eben erst begonnen. Die Entscheidung darüber falle letztlich das Parlament. «Der Gesetzgeber macht bereits heute einen Unterschied bei den Pflanzenschutzmitteln. Er führt eine eigene Bio-Hilfsstoffliste mit äusserst strengen Vorschriften», sagt Brändli. Sie führten unter anderem dazu, dass in Fließgewässern keine Bio-Mittel nachgewiesen wurden. Bio Suisse strebt an, dass im Fall einer Annahme der Initiative die Mittel der Bio-Hilfsstoffliste nicht unter den Begriff Pestizide fielen.

Futter nur noch vom Hof

Ein anderes Problem für die Knospe-Bauern, falls der Initiative in Kraft träte: Sie schreibt vor, dass Tiere nur noch betriebseigenes Futter fressen dürfen. Das ist heute bei den meisten Bio-Betrieben mit Schweinen (2016: 463 Betriebe) und mit Geflügel (2016: 1971 Betriebe) nicht der Fall. Sie würden also sämtliche Direktzahlungen verlieren.

Schoggigesetzersatz passiert die WAK-N

Die Kommission für Wirtschaft des Nationalrates (WAK-N) hat die Botschaft des Bundesrates zur Aufhebung der Ausführbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte beraten. Der Kommission liege daran, stabile und WTO-konforme Rahmenbedingungen für die betroffenen Branchen herzustellen und deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, heisst es in einer Mitteilung. Allerdings stelle sich einem Teil der Kommission die Frage, ob der vorgeschlagene Weg der richtige sei. Man befürchtet eine Zementierung und sogar Förderung der Überschüsse statt einer Stärkung der Marktmechanik der Landwirte. Die Mehrheit der WAK-N beantragt Eintreten auf die Vorlage. Zudem will die Mehrheit den Sollungsrahmen für die Förderung von Produktion und Absatz für die Jahre 2018–2021 wie der Ständerat auf maximal 2031 Mio. Fr. erhöhen, die Minderheit will bei den vom Bundesrat beantragten 1951 Mio. Fr. bleiben (15 zu 9 Stimmen). sal SEITE 13

Barilla: Woher ist der Hartweizen?

Die italienische Regierung will die inländischen Pastahersteller ab 2018 zwingen, auf ihren Produkten die Herkunft des verwendeten Hartweizens anzugeben. Die Pastabarone um Marktführer Barilla kündigten an, sich vor Gericht gegen das «diskriminierende» Gesetz zu wehren. Das schreibt die «Luzerner Zeitung». Rund 70% der weltweit konsumierten Hartweizennudeln stammten aus Italien. Aber vor allem die grossen Hersteller und Exporteure wie Barilla, Buitoni, De Cecco und Garofalo verwenden laut der «Luzerner Zeitung» zumindest teilweise auch importierten Hartweizen, etwa aus Kanada, den USA und aus der Ukraine. Ein Etikettenschwindel, finden die im Kleinbauernverband Coldiretti organisierten Hartweizenproduzenten schon lange. Die inländische Ernte deckt etwa zwei Drittel des Bedarfs ab. sal

AUSSENHANDEL: Die nächste WTO-Ministerkonferenz steht an

MILCHMARKT: Täglich geben zwei Milchbauern auf

Bundesrat erneut gebremst

«Keine Tricks bei Milchkauf»

Zwei weitere Kommissionen des Parlaments wollen den Spielraum von Johann Schneider-Ammann in der WTO einschränken.

DANIEL SALZMANN

Staatssekretärin Marie-Gabriele Ineichen-Fleisch vom Seco und Bundesrat Johann Schneider-Ammann möchten via WTO die Schweizer Agrarpolitik auf den Kopf stellen. Sie sind anscheinend sogar bereit, sich bei der anstehenden WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires den Grossmächten EU und Brasilien anzuschliessen in der Zustimmung zu einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die Beiträge in der sogenannten «Amber Box» auf 5% des landwirtschaftlichen Produktionswertes zu beschränken. Das würde in der Schweiz heissen: Die Basisbeiträge für Versorgungssicherheit müssten gestrichen werden und ein Teil der Verkäsungszulage gleich noch dazu.

Der APK-S gehts zu weit

In den Weg stellte sich den Beamten und der Regierung Natio-



Johann Schneider-Ammann. (Bild: Beatrice Devenes)

nalrat und Landwirt Andreas Aebi (SVP, BE). Die Ausserpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) winkte das Mandat Anfang letzte Woche nicht durch. Nun wurde diese Woche auch die Ausserpolitische Kommission des Ständerates (APK-S) konsultiert in Sachen Mandat für WTO-Ministerkonferenz. In der Medienmitteilung heisst es: «Wie ihre Schwesterkommission ist die APK-S der Ansicht, dass dieses

Mandat präzisiert werden muss, vor allem was das Thema Landwirtschaft angeht. Eine detaillierte Stellungnahme wird sie an ihrer nächsten Sitzung, das heisst am 14. November, verfassen.»

Vorbehalte der WAK-N

Auch die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) hat Vorbehalte. Laut der Medienmitteilung vom Mittwoch möchte eine Kommissionsmehrheit, dass sich die Schweiz vermehrt für Nachhaltigkeit in den Bereichen Ökologie, Arbeits- und Menschenrechte einsetzt und hat in einer Eventualabstimmung einen Antrag zugestimmt, der eine Überarbeitung des Mandats in diesem Sinn verlangt. Ein Grossteil der Kommission hege weiter die Befürchtung, im Bereich Landwirtschaft erlaube das Mandat zu viele Zugeständnisse der Unterhändler, dadurch könnte die Landwirtschaft zu stark unter Druck geraten. «Deshalb lehnt sie das Mandat in der vorliegenden Form ab und verlangt vom Bundesrat für den Bereich Landwirtschaft eine Konkretisierung», heisst es.

BIG-M kritisiert, dass in den meisten Milchhandelsverträgen nach wie vor die Menge in Kilogramm nicht festgelegt ist.

Die EU habe letzte Woche entschieden, dass die Milchbauern Milchlieferverträge mit verbindlichen Angaben zu Menge und Preis erhalten sollen, schreibt die Milchbauernorganisation BIG-M. «Ist nun alles in Butter?», so BIG-M, die gleich die Antwort gibt: «Wohl kaum.»

«Nur Prozente A, B, C»

Denn die Schweizer Bauern hätten mit diesen Milchlieferverträgen ja schon jahrelange Erfahrungen. «In unserem Landwirtschaftsgesetz wäre diese Vertragspflicht in Artikel 37 klar vorgeschrieben. Die Milchbranche hat es aber bis heute nicht fertiggebracht diese Vertragspflicht korrekt umzusetzen», kritisiert BIG-M. Sie gebe sich damit zufrieden, wenn die Milchbauer dem Bauern zehn Tage vor Monatsende mitteilen, wie viel Prozent A-Milch und wie viel B- und C-Milch ihm im

nächsten Monat mit seiner Liefermenge verrechnet wird.

«Industrie lobbiiert»

BIG-M habe im vergangenen Frühling zusammen mit Untertre mit einer Aktion vor dem Büro des Agrarministers auf diesen Missstand hingewiesen. «Johann Schneider-Ammann hat damals ausrichten lassen, dass er zu dieser Problematik im Sommer einen Bericht verfassen werde. Der Sommer ist inzwischen vorbei, doch der Bericht ist noch nicht da.» Laut BIG-M kann man unschwer erahnen, wer da hinter den Kulissen die Türklücken putze. «Der Milchhandel, die Molkereien und der Lebensmittelhandel profitieren davon,

dass die Bauern einfach ins Blaue hinaus drauflosproduzieren. Diese Vertreter wollen nicht, dass die Bauern marktorientiert produzieren.» Den Schaden haben allein die Milchbauern. Sie müssen hinnehmen, dass ihr Milchpreis bis zu 12 Rappen tiefer ist als der von der Branche kommunizierte Richtpreis. Die Folge: Jeden Tag werden in der Schweiz zwei Milchviehställe geräumt, weil die Bauern die Nase voll und das Konto leer haben. Für BIG-M steht fest: «Wir Milchbauern brauchen echte, verbindliche Milchlieferverträge, welche wie in jedem anderen Verkaufsvertrag mindestens die Menge und den Preis regeln.» sal

REKLAME

Soja Hamex extrudiert

- ✓ hochverdauliches Protein
- ✓ hoher Anteil pansenstabiler Energie
- ✓ ausgezeichnete Fressbarkeit
- ✓ in der Schweiz hergestellt
- ➔ für Milchkühe und Mastvieh

RP	44 %
NEL	8.2 MJ
APDE	240 g
APDN	335 g

Leibundgut AG, 3550 Langnau 034 402 15 26